

berter“ doch sehr über die engemter“ wundern. Über Kommunalpolitiker, wie sie dieser Sache umgehen, ohne rechtliche Seite zu bedenken. Und auch über die Einwohner, von denen man keine Beschwerden hört über die Handlung mit ihren Steuergeldern. Da bestellt ein Oberbürgermeister, in der Zwischenzeit von abgewählt, ein Kunstwerk, mit dem er sich ein Denkmal setzen will, ohne Stadtrat und Verwaltung auch nur zu informieren, zu einem Preis, der



er Justizvollzugsanstalt für die Stadt Ingber. FOTO: MANFRED SCHEITING

ne Befugnisse übersteigt. Zur Rechnung des Künstlers kommen noch die Transportkosten und die Kosten für die Vorarbeiten am Rondell, die Aufstellung und den Abbau. Das sind Personal- und Materialkosten und Kosten für eingesetzte Maschinen, z.B. Kranwagen, die in die Tausende gehen! Wieso erfährt man nichts über die Gesamtkosten? All das wurde, so war den Anträgen zu entnehmen, von der Stadtverwaltung bezahlt. Wer hat da, ohne die Rechtslage zu klären, diese Anweisungen erteilt? Hätte da nicht eine sofort einberufene Stadtratssitzung entscheiden müssen, wer diese Kosten tragen und was weiterhin mit dieser Figur geschehen soll? Letztere Frage wurde durch den Abbau, von welchem Gremium auch immer, entschieden. Nun liegt sie, nach einer Meinung rechtswidrig, auf dem Bauhof. Eigentlich ge-

hört sie dem, der sie, ohne rechtlich gesicherten Auftrag, also privat, bestellt hat. Also hätte man dieses Kunstwerk, einschließlich der Rechnungen für Herstellung, Transport, Aufstellung und Abbau dem „Alt-OB“ zu Hause anliefern müssen. Und denjenigen, welche diese Rechnungen ohne Order bezahlt haben, gehört ein Verweis! Wenn die „Stadt St. Ingbert“ ihren guten Ruf wieder herstellen will, muss sie handeln!

All das drückt mein gesundes Rechtsempfinden aus. Und die Überlegungen, wo man dieses Kunstwerk aufstellen könnte, sind nicht angebracht, genauso wenig wie der Gedanke der St. Ingberter CDU, diese „Ingo-Statue“ zu verschenken. Was einem nicht gehört – geht einen nichts an, man kann es also gar nicht verschenken! Wann und durch wen werden all diese Fragen beantwortet und zur Zufriedenheit – vor allem der Steuerzahler – gelöst? *Arno Engler, Bliesmengen-Bolchen*

STEINBRUCH RUBENHEIM

Straße ist teilweise extrem verschmutzt

Zum Artikel „Steinbruch wird zum Reizthema“ vom 4. Februar:

Mit Interesse verfolge ich die Diskussion über die Auswirkungen des Steinbruchbetriebes zwischen Rubenheim und Erfweiler-Ehlingen. Ich habe durchaus Verständnis über die Haltung der Bürger/Innen in Wolfersheim, da wir auf der einen Seite uns mit der Biosphäre schmücken, andererseits die Ressourcen an Kalkstein aus diesem Steinbruch um jeden Preis ausbeuten wollen.

Mit dem Preis meine ich nicht nur den Landschaftsverbrauch. Es ist ja nicht nur die Belastung der Natur. Wer wie ich mehrmals wöchentlich diese Strecke nach Saarbrücken fährt, muss feststellen, dass als unmittelbar sichtbares Ergebnis die Straße in einem teilweise extremen Maße verschmutzt. Angeblich existiert ein Fahrzeug, mit dem die Straße regelmäßig gereinigt wird. Vor die Ausfahrt auf die

Straße gehört eine Radwaschanlage für die Lkw bzw. eine Behandlung mit Hochdruckreinigung, damit die Straßenverschmutzung wirklich wirksam eingedämmt wird. Bei Nässe ist Schlamm auf der Straße und bei Trockenheit extremer Staub wie im vergangenen Sommer. Mit einer sichtbaren Spur vom Steinbruch bis kurz vor Erfweiler Ehlingen. Neben diesen sichtbaren Spuren ist der Straßenzustand der Landstraße Richtung Erfweiler in mittlerweile so schlechtem Zustand, dass man über diese volkswirtschaftlichen Schäden reden muss. Ich könnte mir sogar vorstellen, dass diese in keinem Verhältnis zum Gewerbesteuer-Aufkommen durch den Steinbruch stehen.

Diese Straße ist nicht für Schwerlast-Lkw mit Gesamtlasten von weit über 30 t. gemacht worden. Die Bankette sind völlig ausgefahren und beschädigt. Die Decke ist an vielen Stellen gerissen und die Mittelnahrt der Fahrbahnen senkt sich teilweise erheblich ab. Bei höherem Abbauvorkommen ist die Belastung noch größer und die enge Ortsdurchfahrt von Erfweiler wird noch mehr dem Staub und den Emissionen der Lkw ausgesetzt. Zum Nachteil der dortigen Bewohner.

Mag sein, dass der Ortsvorsteher von Rubenheim seine Meinung ändern würde, wenn er neben der Hauptdurchfahrtstraße mit der Belastung der Lkw wohnen würde und dieses Aufkommen mal mitbekommen würde. Insoweit kann Herr Hussong ruhig und gelassen sein – weit weg vom Geschehen.

Wolfgang Krause, Utweiler

Mit Ihrer
Zeitung im
Dialog
SZ

Liebe Leserinnen, liebe Leser, wir freuen uns über Ihre Leserbriefe zur Diskussion von Themen, über die die SZ berichtet hat. Damit ein möglichst großer Leserkreis zu Wort kommen kann, müssen Zuschriften gekürzt werden. Anonyme oder fingierte Briefe sowie beleidigende Texte veröffentlichen wir nicht. Zum Abdruck von Leserbriefen sind wir nicht verpflichtet. Die Redaktion trägt die presserechtliche, aber nicht die inhaltliche Verantwortung.

Leserbrief-Redaktion:
Telefon (06894) 9 29 92 50, Telefax (06894) 9 29 92 59, E-Mail: redigb@sz-sb.de